

Die Stimme erhebt
die Arbeiterschaft.
Bundespro-Gewerkschaft
die Böll dragen
Gedächtnis in die Böll
Gedächtnis-Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Marx,
Druck von C. A. O. Weißer & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlung- und
Baustellen-Anzeigen bis
3 gelöschte Seiten
50,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

500 000 Mitglieder!

Vom 10. Gewerkschaftskongress.

III.

Aus der Fülle der zahlreichen Entschlüsseungen des Münsteraner Gewerkschaftskongresses seien hier noch einige wiedergegeben. Entsprechend einem Antrag der Vorstandskonferenz beschloß der Kongress:

Die Freiwilligenverbände und die aus ihnen hervorgegangene Reichswehr sind gebildet worden als notwendige Einrichtungen zur Säule der deutschen Republik und der Erhaltung der Errungenschaften der Revolution.

Von dem Recht, in die Reichswehr einzutreten, haben zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teils aus Überzeugung für die Sache der Republik, teils unter dem Drange der Arbeitslosigkeit Gebrauch gemacht. Diese Arbeiter haben ein Vorrecht nicht gemacht werden, wenn einzelne Glieder dieser militärischen Verbände sich Handlungen zuwenden kommen ließen, die nicht nur nicht zu billigen, sondern zu verurteilen sind.

Der Gewerkschaftskongress verurteilt es deshalb auf das entschiedenste, daß gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die jemals keiner sozialistischen Handlung schuldig gemacht haben, lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Reichswehr durch Ausschluss aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation ihrer sozialistischen Sache beraubt oder nach dem Ausstieg aus den militärischen Verbänden an der Einklangung von Arbeit gehindert werden.

Zu dem Referat der Genossin Hanna (Berlin) über „Organisation der Arbeiterinnen“ gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Der 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erkennt die bereits auf früheren Kongressen gefassten Beschlüsse, die auf die Notwendigkeit intensiver Ausbildungsaufgabe zur Gewinnung der weiblichen Arbeiterschaft für die gewerkschaftlichen Organisationen hinweisen. Er sieht darin und in der Heranziehung der organisierten Frauen zur aktiven Mitarbeit in den Gewerkschaften ein Mittel, etwaige Interessengegensätze zwischen Männern und Frauen im Arbeitsverhältnis auszugleichen und den Frauen eine dem Wert ihres Verhältnisses entsprechende Bezahlung zu verschaffen. Das Wollen ist gleichzeitig von Männer- und Fraueneinheit bei gleicher Verhältnis erachtet dem Kongress selbstverständlich.

Der Kongress erkennt das Recht der Frauen auf Arbeitsplätze, die ihrer Eigenschaft, ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechen. Es macht den Gewerkschaften zur Pflicht, darauf zu achten, daß bei Einstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften fraueneindeutliche Bestrebungen nicht zur Geltung kommen.

Mit 420 gegen 181 Stimmen fand eine Resolution des Genossen Adolf Cohen zur Frage der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Annahme, die lautet:

Der zehnte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erachtet in den Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fortführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften bedeuten die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und die kollektive Regelung des Arbeitsrechts zu verwirklichen. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zweck überall dort, wo die Privatwirtschaft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftswelle ersetzt ist.

Unter der Voranstellung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen der Arbeitsgemeinschaften sowie bei allen Verbänden und in allen Körperschaften, die dem Aufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens dienen, volle Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongress allen Gewerkschaften die Beiliegung an der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften.

Annahme fanden auch die vom letzten Verbundstag der Holzarbeiter gestellten drei Anträge. Der eine betrifft die Steuerfreiheit der Gewerkschaftsbeiträge:

Der Kongress wolle den Bundesvorstand beauftragen, vor die Regierung und eventuell Gesetzgebung dahin einzutreten, daß die Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können und die Unterstützungen der Gewerkschaften nicht als steuerpflichtiges Einkommen gelten.

Betreffend Arbeitsnachweis und Erwerbslosenunterstützung fand folgender Antrag Zustimmung:

Der Gewerkschaftskongress fordert von den Arbeitsverwaltungsstellen, daß sie bei der Zuweisung von Arbeitsplätzen die von den Gewerkschaften anerkannten Lohn- und Arbeitsbedingungen respektieren.

Die Erwerbslosenunterstützung darf nicht verweigert werden, wenn die Arbeitsannahme wegen Nichtzahlung der im Gewerbe maßgebenden Löhne abgelehnt wird.

Bezüglich des 1. Mai wurde diesem Antrag zugestimmt.

Der Kongress wolle beschließen, durch einen Antrag an die Nationalversammlung, dahin zu wirken, daß der 1. Mai dorther als gesetzlicher Feiertag erklärt wird.

Abgesehen wurde ein Antrag der Bergarbeiter zu Abschnitt 3 der Satzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir erwähnen den Antrag deshalb, weil seine Annahme weitgehende Eingriffe in unsern Organisationsbestand zur Folge gehabt hätte. Der Antrag lautet:

Da die Arbeiter der einzelnen Gewerkschaften von einer großen Anzahl von Organisationen für sich reklamiert werden, ist es gegenwärtig unmöglich, von einer einheitlichen Interessenvertretung der im Bergbau beschäftigten Arbeiter zu sprechen. Es ist festgestellt, daß auf einer einzigen Stufe mehr als 20 Organisationen vorhanden sind. Das ist für die Dauer ein unzulässiger Zustand. Der Gewerkschaftskongress beschließt daher, daß für alle Arbeiter, welche unter uns über Tage beschäftigt sind, Mitglied einer Knapschafts-Genossenschaft sind und den Berggesetz unterstehen, der Verband der Bergarbeiter Deutschlands die allein zuständige Organisation ist. Alle übrigen Organisationen haben sich jederzeit Amtskontrolle innerhalb der Bergarbeiterkasse und der zu ihnen gehörenden Nebenanlagen zu enthalten.

Dieser Antrag erstrebt die Betriebsorganisation. Bei seiner Annahme hätten wir bedeutende ureigene Agitationselemente verloren, so z. B. die Arbeiter bei der Herstellung von Paraffin, Wenzol, Solaröl, Kohlensäure, ferner die Arbeiter bei der Vergasung in Kokereien, die Arbeiterschaft Kalifabriken, ja selbst der Siegelseen, Zinnoberfabriken usw.

Der Verlauf des Kongresses hat klar erkennen lassen, was allerdings schon vorher feststand, daß in den Streit um den Weg zum Ziel sehr stark politische Momente hineingespielt. Diese Hauptung wird bestätigt durch die Tatsache, daß einer der Oppositorführer — Ditsmann (Frankfurt) — durch Rundschreiben vom 2. Juni 1919 eingehend Ratschläge und Ermahnnungen für die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes ertheilt hat. Es soll auf die Wahl solcher Mitglieder hingearbeitet werden, die der U. S. P. angehören. Die Opposition hat außerdem vor und während des Gewerkschaftskongresses gesonderte Beratungen abgehalten, zu denen die Unabhängigen und Kommunisten geladen waren.

Einen äußerst unglücklichen Redner hatte die Opposition in Ditsmann. Es läßt sich nicht mit Lettern drucken, welchen Hoch dieser Mann gegen die Mehrheit des Kongresses schleuderte. Bei seinem Abgang vom Podium warf er regelrecht noch eine gesetzige Stinkbombe in den Saal. Solche Führer schaden immer der Sache, die sie vertreten.

Erfreulich war die wiederholte Versicherung einiger Oppositorführer, sie denken nicht daran, die Gewerkschaften zu zerstören. Hoffen wir, daß dieses Gelöbnis länger anhält, als die Aussicht auf Erringung der Majorität der jetzigen Opposition, die nach unserer Aussicht in vielen Dingen für die Arbeiterschaft höchst gefährliche Wege wandeln will. Die deutsche Arbeiterschaft kann aber nur gewinnen, wenn sie, statt auf schmalen Saumpfaden schillernden Luftgebilden nachzuwegen, den sicherer Weg gewerkschaftlicher Möglichkeiten geht. Das scheint auch ihr Wille zu sein, denn die Zusammensetzung und die Entscheidungen des Kongresses sprechen dafür. Ein gesunder Realismus wird hoffentlich auch in Zukunft die deutsche Arbeiterschaft vor gewagten Experimenten bewahren; dann bleiben ihr auch bittere Erfahrungen und Enttäuschungen erspart. Diesen Wunsch werden mit uns alle haben, die die deutsche Arbeiterschaft für zu gut halten, um als Versuchsobjekt für alle möglichen Kuriositäten zu dienen.

Das Verbandsjahr 1918.

1. Mitgliederbewegung.

Wie in der Weltgeschichte und in der Geschichte des deutschen Staatswesens, so wird auch in der Geschichte unsres Verbandes das Jahr 1918 wie ein weithin sichtbarer Meilenstein hinausragen über die übrigen Jahres-Kilometersteine. Zehn Monate des Berichtsjahrs fallen noch in die Kriegszeit, d. h. in die Zeit, da sich die Völker gegenseitig abschlachteten zur höheren Ehre des Kapitalismus resp. seines Lieblingsfindes Imperialismus und zum Hohn auf die Kultur der führenden Staaten. Während dieser zehn Monate befand sich unser Verband in einer fortwährenden langsame Aufwärtsentwicklung, die in den beiden Monaten November und Dezember in ein stürmisch Tempo umschlug. Die Revolution hat mit einem Schlag alle Dämme beseitigt, die von Behörden und Unternehmen gegen das Erstarken der Gewerkschaften aufgerichtet waren. Man meinte den befreiten Jubelschrei des seiner Seiten ledig gewordenen Sklaven zu hören, als die Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen von selbst den Weg zur Organisation fanden, um Mitglieder zu werden. Der seit Jahren, ja seit Jahrzehnten von den agitatorisch tätigen Kollegen und Kolleginnen ausgestreute Samen ist aufgegangen. Wenn kein eisiger Frost (Kampf in den eigenen Reihen) eintritt, wenn die wärmende und befruchtende Sonne der Einigkeit, der Solidarität, der Vernunft ihre Wirkung ungehört auszuüben vermag, werden der Arbeiterschaft herrliche Früchte erlösen. Das gleichzeitig mit dem Samen emporengeschossene wuchernde Unkraut, das heißt Unverständ und böse Meinung, muß von des Organisationsgärtners kundiger Hand sorgsam ausgetötet werden, und dazu bedarf es der willigen Mitarbeit aller Fachkundigen, das heißt der ersten Mitgliedschaft.

Am Schluß des Jahres 1917 hatten wir eine Mitgliederzahl von 110 584, davon waren 70 128 männliche und 40 456 weibliche Mitglieder. Das Jahr 1918 konnte vorlängig abgeschlossen mit 165 700 männlichen und 90 877 weiblichen, insgesamt also mit 256 577 Mitgliedern. Der Zuwachs beträgt demnach 145 993 oder 132 Prozent. Im Jahresdurchschnitt beträgt die Mitgliederzahl 145 601 gegen 94 684 im Jahre 1917. Die Durchschnittszahl für 1918 erscheint gegen die Endzahlen am Jahresende niedrig. Das hat aber seinen Grund darin, daß der größte Mitgliederzuwachs erst in den beiden letzten Monaten einzog.

Angesichts dieser Zahlen empfinden die älteren Mitglieder Freude und Genugtuung. Sie wissen, daß ihre seit Jahrzehnten unter den schwierigsten Verhältnissen geleistete Organisationsarbeit nicht umsonst gewesen ist. Sie sehen die Früchte ihrer mühevollen Arbeit reifen. Und wie bitter müssen sie es empfinden, von plötzlich aus dem Dunkel aufgetauchten zweifelhaften Elementen als Verräter bezeichnet zu werden. Kolleginnen, Kollegen! Wer ist der Halunke? Derjenige, der sein Leben lang für die Interessen seiner Klassengenossen Not, Entbehrung, Verfolgung usw. erduldet hat, oder derjenige, der jetzt ohne persönliche Opfer bringen zu müssen, die Brandfackel des Bruderkampfes in die Organisation wirkt?

Bleiben wir einig und geschlossen wie früher, so führt der Weg zum Ziel; zerstören wir uns in den eigenen Reihen, dann zerfällt die krautfolle Organisation in nichts. Seien wir vernünftig in unserem Tun, damit nicht die Reue kommt, wenn es zu spät ist. Vorwärts mit klarem Blick und kühlem Kopf soll unsre Lösung sein. Es gilt das Werk zu vollenden und alle noch Fernstehenden für die Organisation zu gewinnen. Gibt es gewerkschaftliche Aufenseiter nicht, dann haben wir das Ziel erreicht. An die Arbeit!

Es ist interessant, die Zahlen über die Zu- und Abgänge in den zwei letzten Jahren nebeneinandergestellt zu sehen. In ihnen kommt der Übergang vom Krieg zum Frieden resp. zum Waffenstillstand zum Ausdruck.

| Zugänge | | Abgänge | | |
|-----------------------------|--------|---------|--------------------|--------|
| 1917 | 1918 | 1917 | 1918 | |
| Aufnahmen: | 54 453 | 171 633 | Abstreitende: | 17 236 |
| Zugänge: | 1 952 | 4 927 | Abgereiste: | 8 368 |
| Vom Heeresdienst zurück: | 4 922 | 27 903 | Zum Heeresdienst: | 7 184 |
| Zugang insgesamt: | 61 397 | 204 468 | Ausgang insgesamt: | 31 288 |
| | | | | 58 475 |

Im Jahre 1918 sind mehr als dreimal soviel Mitglieder dem Verband beigetreten als im Jahre vorher. Dagegen ist nur der fünfte Teil wieder ausgegliedert, während im Jahre 1917 ein Drittel wieder verloren gegangen ist. Die Zahl der Zu- und Abgesehenden ist naturgemäß wieder höher geworden. Während des Krieges blieb sie aus den verschiedenen Gründen auf ein Minimum beschränkt. Die Zahl der zum Heeresdienst Eingezogenen hatte sich weiter vermindert. Es waren die letzten Reserven, die noch herangeholt werden konnten. Von dem gesamten Zugang an Mitgliedern sind im Jahre 1917 leider wieder 51 Prozent ausgeschieden, dagegen im Jahre 1918 nur 28,5 Prozent. Allerdings, da die Masseneintritte erst in den beiden letzten Monaten des Jahres erfolgt sind, muß erst abgewartet werden, wie sich der weitere Verlauf im Jahre 1919 vollzieht. Der neuen Mitgliedschaft blieben die bitteren Erfahrungen der alten Gewerkschaftsmitglieder erspart. Sie hat Niederlagen aus eigener Erfahrung kaum lernen gelernt. Und wenn unsre neuen Kämpfer stets die Vernunft zum Berater machen, hoffen ihnen nach dem heutigen Stande des Organisationswesens Niederlagen auch in Zukunft erspart bleiben und damit eine Mitgliederflucht, wie wir sie bei früheren Kriegerfolgen gesehen haben, nicht eintreten. Niederlagen entmutigen bestimmt die Kämpfer, insbesondere, wenn die Sicherheit im Urteil noch fehlt. Genaue Kenntnis vom Wesen der Kämpfe und die Gewissheit, die Niederlage zu gegebener Zeit wieder gut machen zu können, heben das Vertrauen der Kämpfenden zur Organisation. Um aber die nötige Sachkenntnis zu erwerben, bedürfen die Mitglieder des Rates der älteren, erfahrenen Gewerkschafter, d. h. also, wir sind aufeinander angewiesen, um Erfolge zu erringen und festzuhalten; damit wird wiederum der Mitgliederflucht vorbeugeht.

Über die Zu- und Abgänge seit dem Jahre 1910 unterrichtet folgende Tabelle:

| Jahr | Zugänge | Abgänge | Zum Stand | Zunahme | Mitgliederzahl am Jahresende |
|------|---------|---------|--------------|---------|---------------------------------|
| 1910 | 74 496 | 48 716 | — | 25 780 | 167 097 |
| 1911 | 81 578 | 59 232 | — | 22 346 | 189 443 |
| 1912 | 78 888 | 60 734 | — | 18 154 | 207 597 |
| 1913 | 58 467 | 58 680 | — | 213 | 207 384 |
| 1914 | 31 939 | 52 876 | 56 106 | 77 043 | 130 341 |
| 1915 | 13 524 | 26 017 | 33 730 | 45 223 | 85 118 |
| 1916 | 20 598 | 13 850 | 11 121 | 4 563 | 80 535 |
| 1917 | 61 327 | 24 104 | 7 184 | 30 039 | 110 584 |
| 1918 | 204 468 | 55 006 | 5 469 | 145 993 | 256 577 |

Die Zahl der Zugänge ist in ähnlicher Höhe wie im Jahre 1918 bisher nicht erreicht worden. Trotzdem hielten wir in früheren Jahren bei weniger Zugängen schon erheblich höhere Abgangszahlen aufzuweisen. Durch die im Berichtsjahr überraschend günstige Entwicklung des Mitgliederbestandes war es möglich, die im Jahre 1912 erreichte Höchstzulieferanzahl um ein bedeutendes zu überholen. Am Ende des Jahres 1916 hatten wir den größten Bestand mit 80 535 Mitgliedern erreicht. Diese Zahl hatte sich Ende 1918 bereits verdreifacht. Von den 145 993 im Jahre 1918 geworbenen Mitgliedern entfallen nur annähernd 28 000 auf die vom Heeresdienst zurückkehrenden. Alle übrigen sind als neue Mitgliederzuzüge zu buchen.

Der Entwicklung des Gesamtmitgliederbestandes entspricht auch das Nachstehen in den einzelnen Städten. Wenn auch aus den verschiedenen Ursachen die Aufzehrungsbewegung eine sehr verschiedenartige ist, kann doch festgestellt werden, daß kein Ort eine Ausnahme macht. Überall ist die Zeit von jahrelanger, ja sogar zehnjähriger Agitationarbeit reif geworden, wie das in der nachstehenden Tabelle zum Ausdruck kommt. Die ersten beiden Rubriken unterrichten über den Mitgliederbestand am Schluß der beiden letzten Jahre. Die drei letzten Rubriken zeigen die Entwicklung der Mitgliedschaft auf. Nach Abzug der Abgänge von den Zugängen ergibt sich die reine Zunahme. Die Tabelle ist in ihrer Endgergebnis eine Zusammenfassung der bereits erörterten Details.

| Stadt | Mitgliederbestand | | Zugänge | Abgänge | Zunahme |
|---------------------|-------------------|----------------|----------------|---------------|----------------|
| | am 31.12. | am 31.12. | | | |
| 1. Hannover | 10 115 | 19 532 | 13 340 | 3 923 | 9 417 |
| 2. Bremen | 10 238 | 24 933 | 17 896 | 3 231 | 14 665 |
| 3. Berlin | 8 177 | 24 900 | 23 601 | 7 178 | 16 423 |
| 4. Stuttgart | 5 238 | 13 213 | 9 185 | 1 360 | 7 325 |
| 5. Zürich | 1 441 | 6 620 | 6 372 | 1 193 | 5 179 |
| 6. Dresden | 4 933 | 12 273 | 9 272 | 1 741 | 7 551 |
| 7. Bremen | 18 161 | 38 129 | 25 965 | 5 997 | 19 968 |
| 8. Berlin | 4 730 | 11 452 | 8 307 | 1 395 | 6 712 |
| 9. München | 4 732 | 7 138 | 3 929 | 1 523 | 2 406 |
| 10. Bremen | 6 457 | 12 762 | 9 338 | 3 013 | 6 325 |
| 11. Frankfurt | 3 277 | 9 828 | 8 502 | 2 051 | 6 451 |
| 12. Wiesbaden | 3 221 | 8 117 | 7 023 | 2 250 | 4 785 |
| 13. Frankfurt a. M. | 4 231 | 12 089 | 12 319 | 4 451 | 7 888 |
| 14. Köln | 3 725 | 12 951 | 17 216 | 10 140 | 7 076 |
| 15. Hamburg | 19 067 | 42 503 | 32 163 | 8 827 | 23 326 |
| 16. Chemnitz | 36 | 62 | 28 | 2 | 25 |
| Summe | 110 381 | 254 577 | 204 468 | 58 475 | 145 993 |

Das Gesamtergebnis der Mitgliedsbewegung kann als ein erstaunliches bezeichnet werden. Doch dürfen wir nicht vergessen: durch die starke Ausweitung der Organisation ist deren Kraft bedeutend gesteigert. Damit ist aber auch die Vermehrung einer viel größere geworden. Es ist deshalb nicht unverständlich, sondern auch verständig, daß jedes Mitglied für die notigen Geschicke des Organisationsarbeitskreises einzutragen, um im gegebenen Falle die Ergebnisse der Handlungen einzusehen zu können, die durch Vermehrung der Mitgliedschaft eingeleitet werden. Eine interessante Mitgliedschaft, die das Organisationsverhältnis und eins nach Vermehrung hinzu bringt ist, wird auf die Dauer eine unglaublich größere Kraft darstellen, als wenn sie sich mit den

Stimmungen leiten läßt. Es kann in der heutigen sozialistischen Zeit gar nicht oft genug gelagert werden: Hört auf die guten Worte der erfahrenen alten Kämpfer, die eine langjährige Schule der gewerkschaftlichen Arbeit hinter sich haben, und ihr werdet vor bitteren Erfahrungen und Misserfolgen bewahrt bleiben. Dann werden nicht nur vorübergehende Erfolge errungen werden, sondern es wird möglich sein, das Vermögen auch festzuhalten und auszunützen. Es ist der Sinn der Organisation, den einheitlich gerichteten Willen aller zusammenzufassen und für das zu erreichende Ziel nutzbar zu machen. Wo die Einheitlichkeit aber fehlt, kann die Kraft der Kämpfer nicht voll zur Geltung kommen, denn:

„Wo rohe Kräfte sinnlos walten,

Da kann sich kein Gebild gestalten.“

Freuen wir uns der schönen organisatorischen Erfolge im Jahre 1918 und seien wir bestrebt, die Quantität in Qualität umzumünzen im Interesse unsrer gesamten Mitgliedschaft. Das ist möglich, wenn uns in den Grundfragen gewerkschaftlicher Tätigkeit Einheit im Wollen besteht.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Aus dem Jahresbericht der technischen Aufsichtsbeamten der chemischen Industrie.

I.

Die Unfälle in der chemischen Industrie haben sich wieder stark vermehrt. Der jetzt vorliegende Bericht der technischen Aufsichtsbeamten für das Jahr 1918 erhält diese Tatsache und bringt wertvolles Material über die Unfallursachen.

Die Überwachung der Betriebe wurde behindert durch Arbeitsüberfüllung der einzelnen Beamten und durch Hemmnisse im Betriebswesen. Immerhin konnten 25,8 Prozent der Betriebe beschäftigt werden, gegenüber 19,9 Prozent im Vorjahr. Es wird berichtet, daß die Unternehmer gegenüber den Vorschriften und Auflagen zu deren Durchführung in der Regel Verständnis zeigten. Hin und wieder benutzten allerdings Betriebsunternehmer die schwierigen Verhältnisse als Vorwand, um Kosten verursachende Anschaffungen zu entgehen.

Besonders zu beachten war auch das Arbeiten mit feuergefährlichen Flüssigkeiten. Die hier verwendeten Erfasstoffe erwiesen sich vielfach gefährlicher, als auch seitens der Fachleute angenommen wurde. In erhöhtem Maße machten sich die Betriebsaufgaben gesteckt durch Verwendung von Frauen und namentlich jugendlichen Arbeitern an Stelle der eingezogenen, mit den Gefahren des Betriebes vertrauten Arbeiter.

Vielfach sind die Unfälle auf mangelhafte Kenntnis der Gefahren und leichtfertiges Verhalten der ungeschulten Arbeiter der Kriegszeit zurückzuführen. In der Schlussbemerkung weist der Bericht darauf hin, daß besondere Maßnahmen und Wege eingeschlagen werden müssen, um einen Wandel zum Besseren nach Wiedereintritt geordneter Zeiten herbeizuführen. Zu diesem Zweck darf ein Zusammenschluß mit den Arbeiterverbänden von Vorteil sein, um die Arbeiter durch gemeinsame Belehrung und Ermahnung nach und nach wieder an Ordnung und Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu gewöhnen. Wir haben diese Zusammenarbeit stets gewünscht und erstrebt, und fügen hinzu, daß vernünftige Belehrung die Arbeiter mit den Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie vertraut machen muß, und erhoffen tatkräftige Mitwirkung der Aufsichtsbeamten. Vor allem werden die Arbeiter selbst herangezogen werden müssen, um praktische Vorschläge zur Bekämpfung der Unfallgefahren zu machen. Aus ihrer Praxis heraus werden sie brauchbare Anleitungen zu wirklichem Arbeiterschutz geben können, die persönliches Unbehagen bei Benutzung von Schutzausrüstungen ausschalten oder auf das möglichst geringste Maß beschränken werden. Damit wird auch die Abneigung der Arbeiter, die zu ihrem Schutz beschafften Einrichtungen und Gegenstände zu benutzen, beseitigt werden können.

Wichtigste Zusammenstellung und Besprechung der Unfälle wird den Kollegen zum genannten Nachlesen dringend empfohlen, denn nur durch Kenntnis der Unfallgeschehen und -ursachen kann deren häufiger Wiederkehr entgegengearbeitet werden. Nachstehende Zusammenstellung und Besprechung der Unfälle wird den Kollegen zum genannten Nachlesen dringend empfohlen, denn nur durch Kenntnis der Unfallgeschehen und -ursachen kann deren häufiger Wiederkehr entgegengearbeitet werden.

Die Zusammenstellung beweist, daß die Gefahren in der chemischen Industrie, und vor allem in der Sprengstoff-Industrie, außerordentlich groß sind, trotz aller gegenteiligen Behauptungen der Unternehmer. Die noch weit größeren Gefahren der Berufskrankheiten in der chemischen Industrie, die alljährlich Tausende von Arbeitern hinscheiden oder dauerndes Leidatum im Gefolge haben, werden durch den Bericht leider nicht erfaßt. Nur ein kleiner Teil dieser Berufskrankheiten wird unter angetroffenen Umständen als Betriebsunfall gewertet und entshädigt. Hier gilt es, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Bergstiftungserscheinungen, innerer und äußerer Verätzungen und dergleichen, die langsam wirken und erst allmählich in Erscheinung treten, als Betriebsunfälle in der chemischen Industrie anerkannt und entshädigt werden.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle für das Jahr 1918 beträgt 23 726 gegen 21 316 im Jahre 1917. Erstmals entshädigt wurden 2961 Unfälle mit 605 Todesfällen, gegen 2329 Unfälle mit 561 Todesfällen im Vorjahr. Bei den entshädigten Unfällen ist damals gegen das Vorjahr eine Steigerung von 27,2 Prozent eingetreten. Auf die einzelnen Sektionen der Gewerkschaftsversicherung entfallen:

| Sektion | Unfälle überhaupt | entshädigte | Todesfälle |
|--------------------|-------------------|-------------|------------|
| 1. Berlin | 2027 | 219 | 36 |
| 2. Bremen | 1750 | 188 | 49 |
| 3. Hamburg | 5519 | 431 | 80 |
| 4. Köln | 3972 | 811 | 184 |
| 5. Leipzig | 4945 | 587 | 147 |
| 6. Mannheim | 1533 | 290 | 33 |
| 7. Frankfurt a. M. | 2461 | 298 | 51 |
| 8. Karlsruhe | 1109 | 157 | 31 |

Gesamt 23316 2961 605

Auffällig ist die große Zahl der tödlich Verletzten in den Sektionen Köln und Leipzig, was auf die ausgedehnte Sprengstoff-Industrie in diesen Bezirken zurückzuführen ist. Somit liegen die Angaben aber kein überzeugendes Bild, weil die Zahlen der

in den Sektionsbezirken beschäftigten Arbeiter zum Vergleich nicht herangezogen sind. Sozialistischen Grund lehnen falls, daß der Jahresbericht der Gewerkschaftsversicherung noch nicht veröffentlicht ist. Einzelne technische Untersuchungen

| Unfälle | Todesfälle |
|--|------------|
| Explosivstoffe | 1179 |
| Chemische Großindustrie | 497 |
| Anilin und Anilinfarben | 811 |
| Chemisch-pharmazeutische und photographische Prä | |

häufig füllten Stiemen ab, die infolge schlechten Materials und mangelhafter Anlage schadhaft gemacht waren.

Die meisten Unfälle jedoch ereigneten sich beim Aufladen von Stiemen auf laufende Stiemenwellen. Sie wurden fast durch Verwendung von Stiemenauslegern oder Abstellen der Transmision leicht verhindert lassen.

So wurde ein Arbeiter beim Stiemenauslegen von der Transmission erschlagen und aufgeweckt. Seine Unachtsamkeit musste er mit dem Tode büßen. Bei derselben Arbeit trug ein Arbeitskollege schwere Körperverletzungen davon. Beim Arbeiten an Gebäuden in der Nähe laufender Transmissionen erlitten mehrere Arbeiter schwere Beschädigungen, einem davon wurde der linke Unterarm zerrüttet.

Ein Stiemen, der in einer Säbelsärfabrik die mechanische Steuerung der Säge antriebt, sollte gefürtzt werden. Dies wurde unbegreiflicherweise bei laufender Transmission vorgenommen. Zwei Arbeiter nahmen diese Arbeit auf einem Podest den Stiemen festhalten sollte, damit er nicht von der schnelllaufenden Welle mitgenommen wurde. Hierbei brachte er die Hand zwischen Stiemen und Welle, über der aufgetrennte Hemdarm wurde vom Stiemen erfaßt, kurz die Hand wurde teilweise stahlpiert, der Arm dreimal gebrochen und das Schultergelenk ausgerissen und ausgerissen. Hier liegt ein Verhältnis der Betriebsleitung vor, die diese Arbeit bei laufender Transmission vornehmen ließ.

Ein weiterer schwerer Stiemenunfall, bei dem ein 15jähriger Arbeiter getötet wurde, ereignete sich, als dieser versuchte, den Antriebstriemen auf eine mit 2000 Umdrehungen laufende Hobelmühle bei vollem Gang des Vorgetriebes aufzulegen.

In einer Sprengstoff-Fabrik ereignete sich ein tödlicher Unfall dadurch, daß ein Mann ein Fenster öffnen wollte, wobei er an einer mit Stellschraube versehenen Rührwerkswelle vorbeikletterte musste. Seine Kleider wurden von der Stellschraube erfaßt, und er erlitt tödliche Quetschungen. Beim Herzen von Treibriemen und an umgeschlungenen Ketten- und Zahnrädern ereigneten sich schwere Unfälle.

An den Arbeitsmaschinen ereigneten sich Unfälle infolge unzureichender Arbeitskleidung. Die Arme des Arbeiterjades sollten an den Handgelenken stets durch Ärmel verschlossen sein.

Papier-Industrie ***

Die Nacharbeit zuschlagsfrei.

In einigen Betrieben der Papiererzeugungsindustrie ist es infolge Sollleben gelungen, auch für die regelmäßige Nacharbeit Zuschläge zu erlangen. Zum Teil waren die Unternehmer unter dem Druck des Marktes gescheitert und gehörten Arbeitszeit, um soviel wie mögliche ihrer Arbeiterschaft zu bewilligen, wenn sie überhaupt noch durchbare Arbeitsträume für die Nacharbeit erhalten wollten. Bei einigen Arbeitshorben mag auch ihr jugendliches Empfinden bei der Genehmigung der Nacharbeitszuschläge mitgespielt haben. Allgemein hatten aber die Zuschläge für Nacharbeit beim Abschluß des Gewerkschaftsvertrages in der Papiererzeugungsindustrie noch keine Anerkennung gefunden.

In minderst 99 Prozent der Betriebe wurde für die regelmäßige Nacharbeit kein Zuschlag geschafft. Ein sehr großer Teil der Betriebe hatte noch nicht einmal Zuschläge für außerordentliche Nacharbeiten eingeschafft. Diese bestehenden Zustände müßten auch beim Abschluß des Gewerkschaftsvertrages berücksichtigt werden.

Bei einem Teile der Kollegen, die sich die Nacharbeitszuschläge in ihren Betrieben erträgen hatten, machte sich eine Erkrankung darüber bemerkbar, daß im neuen Gewerkschaftsvertrag die Nacharbeit ebenfalls als Zuschlagsfrei bezeichnet wurde. Um ihnen aber diese Zuschläge zu sichern, wurde ausschließlich die Besitzumwandlung getroffen, daß eine Verschließung nicht eintrete, sondern daß auch im Rahmen des neuen Gewerkschaftsvertrages diese Verbesserungen bestehen bleiben. Kollege Bruns (Frankfurt), in dessen Betrieb es in einigen Fällen gelungen war, Zuschläge für Nacharbeit einzuführen, empfand es als einen Mangel, daß vertraglich für die Gültigkeitsdauer des Gewerkschaftsvertrages keine Möglichkeit besteht, derartige Zuschläge zur Einführung zu bringen. Er schreibt deshalb in Nr. 29 des "Proletariats" zu dieser Frage: "Was ist nun in dieser Beziehung von unserem Betriebe in der letzten Zeit geschehen?" Nichts! Aber doch fast nichts. Möglichen von einigen örtlichen oder begünstigten Abnützungen ist weder die Arbeitszeit für die Nacharbeitszeit länger, noch ist für die Nacharbeit ein Aufschlag zum Lohn festgelegt!"

Von einer beginnenden Einführung der Nacharbeitszuschläge in der Papiererzeugungsindustrie ist uns bis heute nichts bekannt geworden. Demnach von solchen Zuschlägen haben wir nur aus knapp einem halben Dutzend Betrieben im ganzen Reich erhalten. Weil aber in dieser Frage noch der Zustand von Vorrangserwägungen und Vorrangberechtigungen, die seit Auskunft der Resolution von den verschiedenen Gewerkschaften in der Papiererzeugungsindustrie abgestoßen wurden, keine Erfolge zu verzeichnen waren, konnte auch die Kommission beim Abschluß des Gewerkschaftsvertrages mit keinen nennenswerten Ergebnissen auskommen. Es ist natürlich viel leichter, vom am Gewerkschaftsamt Mißverständnis zu verklagen, daß dieses oder jenes für die Arbeiterschaft noch herzloscholl hätte werden müssen, als selber derartige Beschießungen in den eingeborenen Betrieben mit vorzubereiten. Für den Betriebsaufsichtsrat ist es aber viel leichter, schon in den bestehenden Betrieben des Reiches bestehende Errungenschaften allgemein für das ganze Industriegebiet zur Einführung zu bringen. Wenn also in mancher Beziehung die Wünsche der Kollegen im Reich nicht voll erfüllt werden konnten, so liegt es in erster Linie daran, daß die Vorarbeiten in den einzelnen Betrieben nicht gemacht waren.

Bei der Festlegung eines Vertrages, der die Arbeitsverhältnisse einschließlich der Zuschläge für Überarbeit, Sonntags- und Nacharbeiten regeln soll, für das ganze Wirtschaftsgebiet des Reiches regeln soll, ist es fast ein Ding der Unmöglichkeit, so viele Dinge zu lösen, daß außerdem alle einzelnen Betriebe noch Sondervereinbarungen treffen werden können. Sober Berücksichtigende, der auf die gewünschte Einhaltung einer Vereinbarung überlegt wird, wird auch freilich darauf auffassen, daß die Wünsche des Vertrages so eng gefaßt werden, daß keine der betriebspezifischen Partien noch ausgenutzt, dass Vertrags einen Sondervertrag ausschließen kann. Aus diesem Grunde kann man es auch verneinen, daß die Arbeiterschaft auf eine ausdrückliche Festlegung der Vereinbarung für regelmäßige Nacharbeit mit dem Aufschlag gerechnet hat! Wer legt? Da wir selber keinen Sondervertrag, der unsern Vertragszielen entgegensteht, zwischen Arbeitgeber und Unternehmer einzelner Betriebe durchsetzen würden, so soll man es auch den Unternehmern nicht verbieten, wenn sie Bestimmungen in den Betrieben hinzubringen werden, die ein Widerstreit zum Nachteil der übrigen Industriellen der Produktion am Ende haben könnten.

Um allgemeinen wird aber auch von den Kollegen im Reiche der Nacharbeitszuschlägen die Bedeutung noch nicht benennt, die ihnen der Kollege Bruns und einige andere Kollegen zugeschrieben. Der Vertrag entwarf zum Gewerkschaftsvertrag, der vor seinem Abschluß den Großteil zur Beratung, Bekanntmachung und Stellung von Verbesserungsanträgen in Papiererzeugungsindustrien angeknüpft wurde, hat nur aus dem Frankfurter Gewerkschaftsvertrag noch Nacharbeitszuschlägen gebracht. Aus den übrigen Sälen wurde von vielen Seiten wohl anerkannt, daß die Bedeutung der Nacharbeitszuschläge nicht aus dem Gang gelassen werden dürfe, doch glaubten die Kollegen, daß die je Frage bei einem weiteren Ausbau des Vertrages noch erlebt werden könnte. Diese Kollegen wußten sehr wohl die Schwierigkeiten zu würdigen, die der Einführung der Zuschläge für Nacharbeit von den Unternehmern entgegengebracht würde, da in der Papiererzeugungsindustrie die Nacharbeit keine untergeordnete Rolle spielt, sondern von fast allen Spezialarbeiten verdeckt werden muss. Im Gegenteil, von unten zu unterscheiden, zu denen die Nach-

arbeiter nur einen kleinen Teil der Gesamtarbeit leisten, ist in der Papiererzeugungsindustrie die Nacharbeit der Arbeiter im Betrieb nicht bedeutend und durchaus geringer, als dies in anderen Industrien zu betrachten. Daher erklärte die Gruppe der Papiererzeugungsindustrie für die Unternehmer eine besondere unmittelbare Bedeutung an der nach der Gewerkschaftsvereinbarung noch bestehende Zusammensetzung der unter den Unternehmen in der Umsatzabteilung der Betriebsleitung die Lieferanten, Commissarienten, Verkäufer, Arbeitgeber, Geschäftsführer und andere Personen, die durch die Unternehmung in das Eigentum des Gemeinschaftsvertrages übertragen werden, sowie die Mietkosten und in das Eigentum des Gemeinschaftsvertrages übertragen werden, die die Mietkosten der Betriebe im ganzen Reich gestellt. In Jahr vielen Betrieben wurden vor dem Abschluß vom 18. Dezember 1918 mehr Lieferanten und Mietkosten als die Unternehmung für Sonne und Dienstleistung geleistet. Alle diese durch das Abschluß vom 18. Dezember 1918 und durch den Gewerkschaftsvereinbarung in der überzeugenden Maßstäb der Betriebe eingeführten Vereinbarungen bedeuten für die Papiererzeugungsindustrie eine weitere Belastung ihrer Betriebe. Diese Belastung sei über in eine Zeit des wirtschaftlichen Rückgangs, in der fast drei Viertel aller Betriebe infolge Konkurrenz und Preisforschung still liegen, in der der größte Teil unserer Betriebe durch Rohstoffmangel still liegen, Lebensmittel zu verbessern suchen und auch tatsächlich mit Erfolg verbessert haben. Sämtliche Kollegen sind zur Friedenszeit ihre Betriebsorganisation geführt haben und für eine Verbesserung ihrer Betriebslage eingetreten seien, wobei sie in der Zeit der Krisenperiode ihre Rohstoffförderungen gestellt haben, dann hätte wirtschaftlich wiederum die Arbeiterschaft keine restlos erfüllt werden können. Leider aber haben neue Schritte der deutschen Papiererzeuger diese gewerkschaftliche Politik nicht erfüllt. Erst nach Ausbruch der Revolution haben sie den Weg in die Organisation gefunden, und erst von diesem Tage an sind sie mit ihren Forderungen an die Unternehmer verangestellt.

Um die wirtschaftlich nur eingeschränkt geschaffene Arbeit wird aber im Grunde geglaubt, daß es in Zeiten wirtschaftlicher Depression möglich ist, alle die Forderungen nachholen zu können, die die Arbeiterschaft in ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu stellen verfügt hat. Der alte bewährte Gewerkschaftsgrundfaß, daß die Forderungen der Arbeiterschaft in den Zeiten der Hocharbeitszeit auf einen vollen Erfolg rechnen können, wird auch in Zukunft noch Gelung behalten. Auch der revolutionäre Geist wird an der Zukunft nicht vorübergehen können, doch alle Erfolge der Arbeiterschaft ihre Begrenzung in der Rentabilität der Betriebe finden. Die Gewerkschaft der Betriebe ist über unter den außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Revolution eine sehr unsichere. Treten erst wieder einmal jede Wirtschaftsschwäche ein, die nicht mehr durch Forderungen der verschiedenen Art unterbrochen werden, sondern die Wirtschaftung von Darbietungen auf längere Dauer ermöglichen und dem Unternehmer durch die Grundlage zu festen Preisaufstellungen dienen, dann wird auch mit Erfolg eine entsprechende Regelung der Nacharbeitszuschläge möglich sein. In dieser Frage ist aufschlußreich noch nicht aufgehoben.

Wenn der Kollege Bruns eine Einschränkung der Nacharbeitserlaubnis verlangt, so darfte auch dieses Streben an den harten wirtschaftlichen Zuständen zur Zeit lehnen. In der Papiererzeugungsindustrie liegen die Verhältnisse so, daß, von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen, nur die Arbeiterschaft in Bedrängnis befindigt werden, ohne Nacharbeit verrichten müssen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind. In den Betriebshöfen können die Arbeit nicht ohne eine Gebindenung einfach durch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit am Stück geschafft werden, wenn nicht das Ergebnis in Form gezeigt werden soll. Sollen aber die Betriebshöfe ständig unter Druck ge halten werden, dann ist es notwendig, daß auch die übrigen zur Vorbereitung des Holzes und der Lungen beschäftigten Arbeiter in Wechselrichtung befähigt werden. Wollte man die Beschäftigung dieser Arbeiter in der Nacharbeit untersagen, so müßte eine stille Stilllegung des Betriebes die Folge sein.

Nicht viel anders liegt es in der Papierfabrikation. Die Stilllegung der Papiermühlen und Holländer ist wohl möglich. Doch in den Betriebserfolg mit großen Zeit- und Stromverlusten verbunden, die wohl vorübergehend ertragen werden können, um die Dauer aber zu einer Unterwerfung des Betriebes führen müssen, für die es keinen Ausgleich in entsprechenden Preisenföhren geben kann. Diese Kreisföhren müssen aber nicht nur von den deutlichen Komponenten gerichtet werden, sondern müssen auch die Auslastungsfähigkeit der Industrie gefördert, mindestens aber entsprechend eingeschränkt. Die Folgen davon wären: Stilllegung des Betriebes und Arbeitslosigkeit für die Arbeiterschaft. Man darf bei der Bearbeitung dieser Frage nicht vergessen, daß die deutsche Papiererzeugungsindustrie die leistungsfähigste der ganzen Welt war, da sie erhebliche Mengen in Bellstoff, Berlin von 35 236 000 Kilo und rund 2% Millionen Doppelzentner Holzfäller, Papier und Pappe nach dem Auslande ausführte. Im Jahre 1913 wurden allein an Bellstoff 1794 630 Doppelzentner an Papier und Pappe nach dem Auslande ausgeführt. Stand 12 Prozent der gesamten Papier- und Papiererzeugung, ohne die Ausfuhr von Bell- und Holzfäller, wurden im Jahre 1913 noch dem Auslande verkauft.

Will die deutsche Papiererzeugungsindustrie über den Auslandsmarkt wieder eitzen, und das muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß über auch eine Preisbildung möglich sein, die es vor deutscher Papierfabrikation erlaubt, auf dem Auslandsmarkt konkurrenzfähig zu konkurrieren. Deshalb braucht der Gewerkschaftsvereinbarung noch lange nicht das Wort geschlossen werden. Eine beratende Konferenz auf dem Weltmarkt müßte über unterstellt werden, wenn die Arbeiterschaft während der Nacharbeit übermäßig verlangt würde. Diese Ausdehnung mag recht kritisch hingen. Sie mag aber ausgeschlossen werden, wenn wir nicht in unlösbarer Zuständigkeit geraten wollen, an denen auch die damaligen Papierarbeiter einen Fehler haben können. Wie die Verhältnisse in der deutschen Papiererzeugungsindustrie nun einmal liegen, und im Auslande sind sie ähnlich, werden in der Hauptfrage nur die Wechselseitigkeit während der Nacharbeit beschlossen. Wollte man für diese die Arbeitszeit während der Nacharbeit verhindern, so darf dies ohne eine Schädigung der Wechselseitigkeit unmöglich sein, ja doch die Arbeiterschaft 8 Stunden müßte über unterstellt werden, wenn die Konkurrenz der Nacharbeit übermäßig verlangt würde. Diese Ausdehnung mag recht kritisch hingen. Sie mag aber ausgeschlossen werden, wenn wir nicht in unlösbarer Zuständigkeit geraten wollen, an denen auch die damaligen Papierarbeiter einen Fehler haben können.

Wie die Nacharbeit Zuschlagsfrei ist, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betriebe wieder

volle Beschäftigung werden sollen, dann muß sie, wenn die Betrie

